

2004-2008: Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann

Tätigkeitsberichte der Personalräte finden gewöhnlich auf Personalversammlungen statt. Auf der Ebene des Gesamtpersonalrats ist das nicht vorgesehen. Daher gibt die GEW-Fraktion an dieser Stelle eine kurze Zusammenfassung über einige wichtige Themen, die uns im Heppenheim Schulamt beschäftigt haben - und weiter beschäftigen werden.

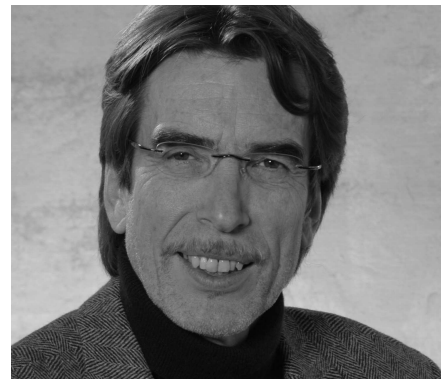
Die GEW-Fraktion hat 9 der 17 GPR-Sitze bei den Wahlen 2004 gewonnen. Seit 2006 ist Norbert Faber Vorsitzender des Gremiums. Stellvertreter/in sind Birgit Zörgiebel und Roland Mertens. Ferner gehören dem Gremium Eva Petermann, Gretchen v. Seggern, Angela Murman-Hendricks, Doris Biermann, Gerd Richter und Karin Kohle (Angestelltenvertreterin) für die GEW an. Gewerkschaftsbeauftragte und Nachrücker sind Tony Schwarz und Harald Klein.

11.3.2008 eine weitere Informationsveranstaltung mit dem Leiter der Rechtsstelle der GEW-Hessen, Dr Hartwig Schröder durchgeführt. Die GEW musste sich auch auf der Ebene des GPRLL mit den Auswirkungen des neuen Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) befassen. Dazu gehörte die satirereife Einführung von Leistungspunkten genauso wie die Etablierung einer regionalen Fortbildung in der Zuständigkeit des Schulamts.

nen Schulen damit überhaupt beschäftigen.

Jahresgespräche

Da geht es zur Zeit drunter und drüber an den Schulen. In einem Beschlussverfahren wurde zwar festgestellt, dass die Gespräche nur vom Schulleiter geführt werden dürfen, eine Delegation an andere SL-Mitglieder nicht geht. An den Schulen ist das aber kaum bekannt und jeder macht was er will. Der GPRLL forderte das StSchAmt wiederholt auf, dies den Schulen mitzuteilen. Außerdem erinnerte der GPRLL an die Vorgabe der Handreichungen, dass der Schulpersonalrat bei der Festlegung der



Norbert Faber
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats
Alexander-von-Humboldt-Schule, Viernheim
Platz 1 der GEW-Liste / Männer

GEW Liste 2

Klarheit schaffen soll.

Rechtsberatung

Eine große Rolle spielt die Rechtsberatung durch die Mitglieder des GPRLL

Unterwertige Beschäftigung und Deprofessionalisierung

Nicht nur in Verbindung mit U-plus greifen unterwertige Beschäftigung und Deprofessionalisierung immer weiter um sich. Die GEW bemühte sich im GPRLL immer wieder darum, diese schleichenden Entwicklungen offenzulegen und die Schulpersonalräte in der Wahrnehmung ihrer Mitbestimmungsrechte zu stärken. Dazu gehört die Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern genauso wie der Einsatz älterer Arbeitsloser über 50 als „Arbeitscoaches“ zur Betreuung bei Betriebspraktika und Lehrstellensuche oder als „Schulservice-Kräfte“ („Erfahrung hat Zukunft“). Es begann mit Schnellkursen zur Umschulung von Förstern, die durch die „Operation sichere Zukunft“ ihrer beruflichen Perspektiven beraubt wurden. Auch Leiharbeitsfirmen witterten mit der Vermittlung von „Hilfslehrern“ gutes Geld. Durch Gerichtsurteile und Erlasse des HKM wurde für all diese Fälle eindeutig klar gestellt, dass die Einstellung und Beschäftigung solcher Kräfte der Mitbestimmung unterliegt.

Zusammenarbeit mit Schulpersonalräten

Ein besonderes Anliegen sind uns enge und persönliche Kontakte zu den Schulpersonalräten. Daher lädt der GPRLL regelmäßig im November zum Personalratetreffen an die HBS-Fürth. Auch im vergangenen Jahr trafen sich dort über 100 Schulpersonalräte zum Austausch.

Darüber hinaus führen die GEW-Kreisverbände Schulungen für Schulpersonalräte durch, die in der Regel großen Zuspruch finden.

GPRLL

**Weierhausstr.8c
64646 Heppenheim**

**tel: 06252-9964 207
fax: -9964 150**

**Email:
n.faber@hp.ssa.hessen.gew**

**Sprechstunde:
Die, 14.00 - 16.00 und nach Vereinbarung**

Versetzungen/ Abordnungen

...sind ein wichtiges Thema von Verhandlungen zwischen der Dienststelle und dem GPRLL. In Kooperation mit dem Hauptpersonalrat (bei länderübergreifenden Versetzungen) und mit dem GPRLL in Darmstadt (bei schulamtsübergreifenden Versetzungen) bemühte sich der GPRLL, Versetzungsanträge zu unterstützen. Tauschmöglichkeiten herauszufinden und weiter zu verfolgen, ist eine zeitraubende Tätigkeit. Trotzdem haben wir sie gern gemacht, insbesondere wenn in Gesprächen mit den beteiligten Schulämtern dann ein dringender Versetzungsantrag doch noch realisiert werden konnte.

Befristete Arbeitsverträge

Die Zahl der KollegInnen mit befristeten Angestelltenverträgen hat sich im Laufe der vergangenen vier Jahre enorm erhöht. Gegen die unerträgliche Situation, dass diesem Personenkreis die Ferien nicht bezahlt werden, hat die GEW immer wieder versucht mit politischen und rechtlichen Mitteln vorzugehen. Eine ganze Reihe von KollegInnen

Fortbildung

Es zeigt sich, dass auch heute noch die Rolle der regionalen Fortbildung an den verschiedenen Schulämtern sehr unterschiedlich interpretiert wird und hier offenbar noch keine endgültigen Lösungen gefunden wurden. Die GEW tritt dafür ein, dass Unterrichtsbefreiungen für Fortbildungsmaßnahmen nicht noch restriktiver gehandhabt und die Kosten für Fortbildungen vom Arbeitgeber übernommen werden.

A-14-Stellen

Die Verteilung der dem Schulamt zugewiesenen A14-Stellen an die Gymnasien, Gesamtschulen und beruflichen Schulen wird zwischen Schulamt und GPRLL verhandelt.

Seit zwei Jahren gibt es hierzu eine Dienstvereinbarung in der versucht wird, nach verschiedenen adäquaten Kriterien, eine möglichst gerechte Verteilung zu finden. Nach dem dritten Jahr soll diese Dienstvereinbarung auf ihre Machbarkeit überprüft werden.



Themenfelder und „bei der Festlegung der schulspezifischen Ablaufmodalitäten der Jahresgespräche zu beteiligen“ ist.

LUSD

Die Pannensoftware LUSD sorgte an den Schulen immer wieder für unglaubliche Situationen. Selbstverständlich wurde das vom GPRLL gegenüber der Leitung des Schulamts thematisiert. Die GEW hat mit dafür gesorgt, dass dieses Verwaltungschaos öffentlich wurde.

Zielvereinbarungen Schulamt-Schulen

Der vielfältige Einsatz von „Zielvereinbarungen“ als „Steuerungsinstrument“ im Bildungswesen hat dazu geführt, dass Mitbestimmungsrechte umgangen werden. Nach Auffassung der GEW-Fraktion haben die Zielvereinbarungen zwischen dem Schulamt und einzelnen Schulleitern immer den Zweck, die Leistung der Schulen zu steigern. Solche Maßnahmen sind nach § 74 HPVG mitbestimmungspflichtig.

Das Schulamt sieht das anders. Daher ist ein verwaltungsgerichtliches Beschlussverfahren durch den GPRLL in Gang gekommen, das hier rechtliche

In Konflikten mit Schulleitungen und dem StSchA sind Personalräte Ansprechpartner für individuelle Rechtsberatung und Unterstützung durch Rechtsbeistände. Dabei können wir auf Informationsmaterialien, Fortbildung, Beratung und Unterstützung der mit Abstand größten Lehrerverorganisation in Hessen und auf das Know-how des DGB und seiner Einzelgewerkschaften bauen.

Sozialpädagogische Fachkräfte

Auch im Kreis Bergstraße und im Odenwaldkreis kämpften die sozialpädagogischen Fachkräfte an Förderschulen für körperbehinderte und praktisch bildbare Kinder erfolgreich für eine neue Arbeitszeitrichtlinie.

Dabei wurden sie von den Schulgemeinden, der GEW und dem GPRLL unterstützt. Gegenüber dem ersten Entwurf war die Einigung zwischen HPRL und HKM, die zum 1.8.2006 in Kraft trat, ein echter Kompromiss. Insbesondere konnte die geplante Ausweitung der Zeit mit den zum Teil schwer mehrfach behinderten Kindern zu Lasten von Vorbereitungs-, Nachbereitungs- und Koordinationszeiten deutlich reduziert werden.

GEW Liste 2



Gretchen von Seggern
Martin-Luther-Schule, Rimbach
Platz 3 der GEW-Liste / Beamte/Frauen

GEW Liste 2

konnte mit Hilfe des GEW-Rechtsschutzes über das Arbeitsgericht oder einen außergerichtlichen Vergleich die Entfristung ihrer Arbeitsverträge durchsetzen.

Selbstverantwortung Plus

Um die Kommunikation mit und unter den Betroffenen zu erleichtern hat der GPRLL auf Initiative der GEW-Fraktion im November 2007 eine erste Teilpersonalversammlung für Angestellte im Bereich des Staatlichen Schulamts durchgeführt.

Seit 2006 beschäftigt sich die GEW intensiv mit den Chancen und Gefahren der Errichtung von „Zentren lebenslangen Lernens“ (ZLL) in Hessen. Die GEW warnt davor die beruflichen Schulen, Abendgymnasien und Volkshochschulen zu „betriebsförmig organisierten integrierten Bildungsdienstleistern“ zu machen. Der GPRLL hat dazu eine Erklärung verfasst, in der Mindestbedingungen formuliert werden, die erfüllt sein müssten, bevor sich die angesproche-

Die Teilnahme von über 100 Personen zeigte, dass hier in der Tat ein hoher Informationsbedarf besteht. Die GEW-Bergstraße hat darum am